



Der indische Subkontinent als Spielfeld des Kalten Krieges: Deutsch-deutsche Beziehungen in Indien und Pakistan

ALEXANDER BENATAR
alexanderbenatar@gmail.com

1. Einleitung

Zur Zeit des Kalten Krieges stellten vor allem die Jahre 1971/72 gut zwei Jahrzehnte nach Staatsgründung für die beiden deutschen Staaten wie für die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan eine Zäsur dar: in Deutschland brachte die neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR den von Egon Bahr und Willy Brandt (beide SPD) propagierten „Wandel durch Annäherung.“ Indien wiederum schwächte seinen Nachbarn Pakistan 1971 dadurch, dass es dessen östlichen Teil in seinen Sezessionsbestrebungen unterstützte und damit zur Abspaltung Ost-Pakistans als Bangladesch beitrug. Zu beobachten sind insofern also zwei gegenläufige Bewegungen: während die beiden deutschen Staaten ihr Verhältnis normalisierten, um 1973 als gleichberechtigte Mitglieder den Vereinten Nationen beizutreten, erfolgte auf dem indischen Subkontinent Anfang der 1970er Jahre eine weitere staatliche Teilung.

Die beschriebenen regionalpolitischen Entwicklungen sind allein vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Teilung der Welt in zwei große Systemblöcke um die kapitalistischen USA und die kommunistische Sowjetunion zu begreifen. Die Bundesrepublik Deutschland verfolgte bereits unter ihrem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) eine konsequente Westbindung an die USA, während die DDR unter der SED-Regierung eindeutig dem sowjetisch dominierten Ostblock zuzuordnen war. Indien und Pakistan wiederum gehörten zu den blockfreien Staaten, die sich weder dem westlichen noch dem östlichen System zurechneten. Dennoch tarierten beide Länder ihr jeweiliges Verhältnis zu Washington und Moskau immer wieder neu aus, was mit-



unter zu brisanten Machtkonstellationen führte: so standen im kurzen Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg nach der durch pakistanische Vermittlung erfolgten chinesisch-amerikanischen Annäherung im Juli 1971 und dem Abschluss eines indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages am 9. August 1971 auf der einen Seite die bengalischen Unabhängigkeitskämpfer mit Indien und der Sowjetunion. Auf der anderen Seite hoffte die pakistanische Zentralregierung wiederum auf Unterstützung aus Washington und Peking—ein potenziell brandgefährlicher Moment des Kalten Krieges.

Angesichts dieser vielfältigen Verflechtungen und Interessen sollen hier Veränderungen in den Beziehungen der beiden bzw. drei südasiatischen Staaten zu Bundesrepublik und DDR Anfang der 1970er Jahre untersucht werden. Der Forschungsbericht knüpft hierbei an jüngere Studien zur Erforschung der Peripherie des Kalten Krieges an, die neben den Protagonisten in Washington und Moskau zunehmend auch vermeintliche Nebenakteure des Ost-West-Konflikts in den Fokus rücken. Gerade die hier agierenden Staaten des blockfreien indischen Subkontinents und des blockgebundenen Deutschlands, die unterschiedliche und im globalen Spannungsfeld zwischen USA und Sowjetunion nur scheinbar klare Rollen zu erfüllen hatten, verfolgten Anfang der 1970er Jahre doch eigene nationale Interessen, die sie trotz (oder aber gerade wegen) des Gegensatzes der großen Systemblöcke des Kalten Krieges durchzusetzen vermochten. Im Vordergrund stehen also jeweils unterschiedliche nationale Interessen in zwei verquickten regionalen Konfliktfeldern vor dem Hintergrund des globalen Kalten Krieges. Die Gegenüberstellung zweier zeitlich paralleler, aber gegenläufiger Bewegungen (deutsch-deutsche Entspannungspolitik vs. pakistanische Teilung unter Mitwirkung Indiens), illustriert hierbei die Freiheiten, die die schwächeren Staaten im Ost-West-Konflikt tatsächlich besaßen.

Einige Fragestellungen ergeben sich nach dieser Darstellung natürlich: Inwiefern war die Haltung der DDR in der „Krise von 1971“ (Wagner 2005: 188) ausschlaggebend für ihre Anerkennung durch Indien im folgenden Jahr? Wie reagierte das junge Bangladesh auf die unterschiedliche Haltung von Bundesrepublik und DDR im Zusammenhang mit seiner Entstehung? Wie änderten sich die Beziehungen von Indien und Pakistan zu den beiden deutschen Staaten? Was wurde nach ihrer internationalen Anerkennung neues Primat der DDR-Südasienspolitik? Kann die Tatsache, dass Indien der DDR auf Bonner Drängen über Jahrzehnte die Anerkennung verweigerte (Schneider 1979: 17), als Erfolg der Hallstein-Doktrin gewertet werden? War die Bonner Südasienspolitik im kleineren „deutsch-deutschen Kalten Krieg“ (Voigt



2008: 4) insofern vielleicht gar erfolgreicher als diejenige Washingtons im Großen, dessen Partner Pakistan 1971 gegen Indien unterlag? Und was bedeutete dies für die deutsch-deutschen Beziehungen und die internationale Wahrnehmung der beiden deutschen Staaten? Verloren die südasiatischen Staaten ihnen gegenüber ein Druckmittel? Ist der Bangladeshkrieg als Erfolg der damaligen Ostblock-Staaten im Kalten Krieg zu bewerten? Oder zeigt sich dabei in Wahrheit die tatsächliche Handlungsfreiheit vermeintlich schwacher Entwicklungsländer des „blockfreien Raums“, die das machtpolitische Vakuum des Kalten Krieges—geschaffen von in der Schockstarre des Atompatts gelähmten Supermächten—zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen nutzten? Diesen Fragen soll nachgegangen werden, um die These zu erhärten, dass Einfluss und Macht, die die beiden Hegemonen des Ost-West-Konflikts im Allgemeinen und die beiden deutschen Staaten im Besonderen auf die Staaten des indischen Subkontinents hatten, weitaus begrenzter waren als gemeinhin angenommen.

2. Forschungsstand

Der Kalte Krieg schuf für vermeintlich schwache und passive Rezipienten von Blockinteressen unerwartete Freiräume, die diese geschickt nutzten und so zu aktiven und mitunter manipulativen Akteuren des Weltgeschehens wurden. Anstatt selbst zum Spielball zu werden, gelang es einigen blockfreien Staaten im Kalten Krieg gar, die Supermächte mit ihrer Paranoia vor vermeintlichem Einfluss ihres jeweiligen Antagonisten auszuspielen. Diese recht junge Erkenntnis¹ soll im Rahmen der Untersuchung nun auf den kleinen „deutsch-deutschen Kalten Krieg“ zwischen Bundesrepublik und DDR übertragen werden. Gelingt es den Staaten des indischen Subkontinents, den vermeintlich schwachen Entwicklungsländern und Empfängern von Entwicklungsgeldern auch hier, zwei mitteleuropäische Industrienationen wirksam gegeneinander auszuspielen? Einige in diesem Zusammenhang relevante Fragestellungen, wie etwa die von der Bundesrepublik Deutschland an Indien geleistete Entwicklungshilfe oder ihre militärische Unterstützung Pakistans, haben bereits wissenschaftliche Beachtung gefunden, andere Bereiche—wie gerade auch die Beziehungen der DDR zu Pakistan—sind bislang kaum historisch aufgearbeitet worden.

Ausgangspunkt dieser Untersuchung sind die in den letzten Jahren erschienen Monografien *Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Gegenwart* von Johannes Voigt (2008) und Amit Das Guptas *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin. Die deutsche Südasienspolitik unter*



Adenauer und Erhard 1949-1966 (2004). Beide behandeln die deutsch-deutsch-südasiatischen Beziehungen während der ersten Hälfte des Kalten Krieges, nicht jedoch die Zeit nach Abschluss des Grundlagenvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1972 (dem endgültigen Ende der Hallstein-Doktrin) und dem Unabhängigkeitskrieg Bangladeshs von 1971.

Ausgehend von diesen beiden Studien soll nun möglichst umfassend auf den Stand der Forschung zum Thema „Die deutsch-deutschen Beziehungen zum indischen Subkontinent Anfang der 1970er Jahre“ eingegangen werden.

2.1 Amit Das Gupta: Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin

Amit Das Guptas Untersuchung behandelt die Beziehungen der Bundesrepublik zu den beiden Staaten Indien und Pakistan und endet 1966, also vor Ausbruch des Bangladeshkriegs. Einige sich abzeichnende Entwicklungen im Verhältnis Bonns nach Südasien, die seine spätere Positionierung im Bangladeshkrieg erklären helfen, zeichnet Das Gupta allerdings bereits nach. So sei die Ausgangslage der Beziehungen zwischen Bundesrepublik und Indien durchaus positiv gewesen, zumal Nehru von Anfang an einem wiedervereinigten (und dann hoffentlich blockfreien) Deutschland gelegen war, um seine Politik des Non-Alignments zu unterstützen. Entsprechenden indischen Annäherungsversuchen habe Adenauer sich jedoch widersetzt—aus Angst, die westliche Schutzmacht USA vor den Kopf zu stoßen, der die von Nehru betriebene Politik der Blockfreiheit zuwider war. Auch das „ausgesprochen herzliche Verhältnis“ (Das Gupta 2004: 459) zwischen der Bundesrepublik und Pakistan sei Indien ein Dorn im Auge gewesen. Wie sehr Bonn durch eine Hinwendung nach Pakistan seinen Handlungsspielraum in Südasien einschränkte, sollte sich nach Das Gupta auch im Bangladeshkrieg zeigen. So beschreibt er, wie Indira Gandhi im Sommer 1971 unverhohlen droht, dass „sie sofort die DDR anerkennen werde, wenn auch nur ein Panzer aus der Bundesrepublik in Pakistan auftauche“ (ebd.: 457).

Nehru blieb nach Das Gupta deutschlandpolitisch trotz seiner persönlichen Haltung Realpolitiker: er erkannte die Zeichen offensichtlicher Entfremdung der beiden Staaten wie ihren Beitritt zu NATO bzw. Warschauer Pakt 1955, das Berlin-Ultimatum drei Jahre später oder den Mauerbau im August 1961. Er trug diesen Umständen Rechnung, indem er 1954 in internationaler Vorreiterrolle der DDR die Einrichtung von Handelsvertretungen genehmigte und immer wieder ihre völ-



kerrechtliche Anerkennung ins Spiel brachte. Letztere konnte die Bundesrepublik Das Gupta zufolge seit 1958 durch Leistung von Entwicklungshilfe verhindern. Aufgrund finanzieller Engpässe war Indien auf westliche Unterstützung angewiesen und eine Anerkennung der DDR hätte diese Hilfezahlungen womöglich gefährdet. Mit seiner Feststellung der Existenz zweier Staaten auf deutschem Boden, zog Nehru sich auf der Konferenz blockfreier Staaten in Belgrad 1961 dennoch den Unmut Bonns zu (ebd.: 460-461).

Ogleich Indien dort eine offizielle Erklärung der Blockfreien zur DDR verhinderte, wandte die Bundesrepublik sich zunehmend Pakistan zu, dessen Regierung in Karachi für ein Selbstbestimmungsrecht Deutschlands eintrat—nicht ohne die Hoffnung, Bonn würde sich in der Kashmirfrage zugunsten Pakistans ebenso positionieren. Die Bundesrepublik rüstete also Pakistan auf, leistete dorthin ebenfalls Entwicklungshilfe und stand dem Land 1962 im Grenzkrieg mit China bei, als dessen Verbündeter, die USA, das feindliche Indien aufrüstete. „Die deutsch-pakistanischen Beziehungen von Ende 1962 bis Ende 1966 stehen im Zeichen eines Schulterschlusses zweier Enttäuschter“ (ebd.: 461), interpretiert Das Gupta den bundesrepublikanisch-pakistanischen Interessengleichlauf in jener Zeit. Denn der Regierung in Bonn war es trotz ihrer Unterstützung Indiens im Grenzkrieg mit China 1962 nicht gelungen, weitere Kommuniqués zu verhindern, in denen die indische Regierung die Existenz zweier deutscher Staaten feststellte, um Moskau entgegenzukommen. Entwicklungshilfe und Aufrüstung Pakistans wurden Das Gupta zufolge für die Bonner Indienpolitik zur Gratwanderung: „Durch keine Maßnahme gefährdete die Bundesregierung ihren Alleinvertretungsanspruch in Indien stärker“ (ebd.: 461). Auch aus dem—aus pakistanischer Sicht—Fiasko des Kaschmirkriegs von 1965 lernte Bonn nicht, dass es mit Pakistan auf das falsche Pferd gesetzt hatte, sondern belieferte seinen Verbündeten zum Verdruss Indiens weiterhin mit Waffen (vgl. ebd.: 461).

Ihre spezifischen deutschlandpolitischen Interessen machten die Bundesrepublik mit der Zeit neben den USA zum wichtigsten westlichen Akteur auf dem indischen Subkontinent „Da die Bundesrepublik alleine mehr Entwicklungshilfe leistete als der gesamte Ostblock, stach sie auf einem Politikfeld, das für die Staaten Südasiens von vitalem Interesse war, letztlich sogar die Sowjetunion aus, auch wenn diese sich besser zu vermarkten wusste“ (ebd.: 464).

Das gab Bonn eine Machtposition in Südasien, der es selbst jedoch kaum gewahr war und die es entsprechend wenig nutzte. Denn „im



eigenen Bewusstsein stand im Zentrum der Bonner Südasienspolitik seit Oktober 1954 die Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs“ (ebd.: 465).

Und gerade dies machte die Bundesrepublik aus südasiatischer Sicht leicht erpressbar:

Zumindest im Rückblick ist klar, dass die Staaten Südasiens im Bewusstsein der Begrenztheit ihrer außenpolitischen Spielräume kleine Aufwertungen der DDR allein aus taktischen Überlegungen vornahmen, entweder um die Bundesrepublik zu höheren finanziellen Leistungen zu veranlassen oder aber Signale des Wohlwollens nach Moskau zu senden. (ebd.: 465)

Das Gupta fällt ein vernichtendes Urteil über die Südasienspolitik Bonns zwischen den Jahren 1962 und 1966: „Überspitzt formuliert betrieb die Bundesrepublik seit Beginn der sechziger Jahre also eine Südasienspolitik, die ihren ureigenen Interessen zunehmend zuwiderlief“ (ebd.: 468). Das Gupta erklärt dieses Versagen der Bonner Politik einerseits mit einer Unterschätzung der Staaten Südasiens und ihrer Funktion als Seismografen der internationalen Haltung zur Bonner Deutschlandpolitik und andererseits mit „psychologische[n] Einflüsse[n] und persönliche[n] Vorlieben einiger Spitzenpolitiker“ (ebd.: 468). Westdeutsche Paranoia vor einer indischen Anerkennung der DDR trübte manchen Bonner Blick. Nehru galt als unzuverlässig, obwohl er im Ergebnis dem Bonner Wunsch nach Nicht-Anerkennung nachkam. Für Das Gupta wenig nachvollziehbar „Pakistan wurde genau ab dem Moment sichtlich bevorzugt, als Indien da war, wo die Regierung Adenauer es immer hatte haben wollen: Seine Schwäche schloss jegliche deutschlandpolitischen Initiativen aus, sein Premierminister versprach Schweigen zur deutschen Frage“ (ebd.: 468).

Es setzte auf Pakistan, obwohl es um den Opportunismus Bhuttos wusste, der die Bundesrepublik zugunsten der Sowjetunion bzw. DDR ohne Federlesen hätte fallen lassen, wenn er sich dadurch einen Vorteil in der Kaschmirfrage hätte erhoffen können. Auch seine weltpolitische Bedeutung konnte die relative Bevorzugung Pakistans gegenüber Indien in der Leistung von Entwicklungshilfe pro Kopf nicht rechtfertigen (ebd.: 469). Zugute hält Das Gupta der westdeutschen Außenpolitik jedoch, dass die Regierungen Adenauer und Erhard zumindest in der Dosierung von politischen Stellungnahmen, Entwicklungshilfezahlungen und Rüstungsexporten an Pakistan und Indien auf die Interessen des jeweiligen südasiatischen Konterparts Rücksicht zu nehmen versuchten und dass den Bonner Entfaltungsmöglichkeiten



aufgrund der Einbindung ins westliche Mächtesystem deutliche Grenzen gesetzt waren, die vor allem eine Antwort auf Washingtons strategische Partnerschaft mit Pakistan erforderten (ebd.: 462-463).

Zuletzt zeichnet Das Gupta auch persönliche Sympathien bzw. Antipathien (v.a. Adenauer und Nehru) bundesdeutscher und indischer Akteure der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten nach, kommt jedoch zu dem Schluss, dass die ersten Regierungen in Bonn den Erfolg der westdeutschen Hallstein-Doktrin „weniger ihrer Diplomatie zu verdanken [hatten], als der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik sowie der Tatsache, dass die begrenzten Spielräume der südasiatischen Staaten beim Pendeln zwischen den Blöcken eine Anerkennung der DDR niemals zuließen“ (ebd.: 472). Das Gupta schließt seine Untersuchung schließlich mit der Feststellung ab, dass Indien mit den Jahren zum Schlüsselland der Hallstein-Doktrin avancierte und sich dieser Rolle rasch bewusst wurde und sie in seinem Interesse nutzte. Hierdurch wird laut Das Gupta die Bedeutung der Entwicklungshilfepolitik als Instrument der bundesrepublikanischen Außenpolitik deutlich, mit dem Bonn außerhalb Europas erstaunlich schnell zur klassischen Machtpolitik zurückfand (ebd.: 472).

2.2 Johannes Voigt: Die Indienpolitik der DDR

Die Beziehungen des „anderen Deutschlands“ zu Indien wiederum behandelt Johannes Voigt in seiner über weite Strecken narrativen Studie *Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Anerkennung (1952–1972)*. Ausgangspunkt ist die Perspektive Ost-Berlins, für das die Frage der Anerkennung tatsächlich über zwei Jahrzehnte Dreh- und Angelpunkt seiner Südasienpolitik war. Ihr Handeln war dabei einerseits durch ihre Einbindung in die sowjetische Südasienpolitik eingeschränkt, wobei es aber auch stets das Bestreben Ost-Berlins war, sich sichtbar von Moskau abzugrenzen. Andererseits wurde der DDR durch die Indienpolitik der Bundesrepublik Grenzen gesetzt, die mit Hilfe ihres wirtschaftlichen Potenzials ihre diametral verschiedenen Interessen in Indien wirksam durchzusetzen vermochte. Im Übrigen waren es laut Voigt auch immer wieder ideologische Scheuklappen des eigenen politischen Systems—Vorbehalte der sozialistischen DDR gegenüber dem „kapitalistischen Indien“ und vice versa—welche die Durchsetzungsmöglichkeiten der Ost-Berliner Interessen einschränkten und der DDR-Außenpolitik einen zum Teil nicht unerheblichen Spagat zwischen ideologischem Anspruch und pragmatischer Wirklichkeit abverlangten (Voigt 2008: 3-4.).



Anders als Amit Das Gupta setzt Voigt sich ausdrücklich mit der Haltung Ost-Berlins im Bangladeshkrieg auseinander. Mit Herbert Fischer, dem damaligen Leiter der Handelsvertretung der DDR und ihrem späteren ersten Botschafter in Indien, ist er der Meinung, "dass der springende Punkt hinsichtlich des Zeitpunktes der Normalisierung der Beziehungen in und um ‚Bangla Desh‘ zu finden" war (ebd.: 648). Für ihn stellt der Jahrzehntwechsel 1970 sowohl in der Deutschlandfrage als auch in der indischen Innenpolitik einen Umbruch dar. Interne Auseinandersetzungen innerhalb der Kongresspartei schufen ein programmatisches Vakuum in der indischen Innenpolitik, das die DDR als Chance begriff, in der Anerkennungsfrage den entscheidenden Schritt voranzukommen (ebd.: 630-631). Einige Schritte wurden 1969 und 1970 insofern tatsächlich getan, als die bis dato existierenden Handelsvertretungen Indiens in Ost-Berlins bzw. der DDR in Neu Delhi staatlichen Charakter bekamen bzw. in Generalkonsulate umgewandelt wurden (ebd.: 632). Eine offizielle Anerkennung verweigerte Indien der DDR jedoch unverändert aus finanziellem Opportunismus (ebd.: 635).

Aus eben jenen Gründen, die Bonn fürchtete, bezog die DDR rasch klare Stellung im Unabhängigkeitskampf der ostpakistanischen Bevölkerung und empfing so etwa schon im Sommer 1971 den späteren Außenminister Bangladeshs in Ost-Berlin (ebd.: 652). Für Voigt war es „unverkennbar, dass Ost-Berlin seine Bangladesh-Hilfe im Zusammenhang mit einem Gewinn in der Anerkennungsfrage beurteilte“ (ebd.: 644). Er beschreibt die regelrechte Kampagne, bestehend aus Ministerreisen auf den Subkontinent, positiver medialer Berichterstattung über Indien und kulturellen Aktivitäten, mit der das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) schon 1970 Indien in seiner Haltung im sich damals überhaupt erst abzeichnenden Konflikt um Ost-Pakistan unterstützte (ebd.: 636-637).

Für die DDR gewann der Konflikt darüber hinaus schnell eine auch politisch-ideologische Dimension: ging es ihr offiziell lediglich um Unterstützung der von der westpakistanischen Zentralregierung unterdrückten Bangladeshi in der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts, suchte die DDR inoffiziell vor allem Ansprechpartner unter den dortigen Kommunisten, um in letzter Konsequenz sogar den Anführer der ostbengalischen Awami-Liga, Mujibur Rahman, abzulösen, den man für wenig fähig zur politischen Führung hielt. Zu letzteren Punkten bemerkt Voigt jedoch, dass der Einfluss der Kommunistischen Partei auf die Regierungsbildung in einem unabhängigen Bangladesh angesichts der Tatsache, dass ihr bei einer Gesamtbevölkerung von 75 Millionen nur 750 Mitglieder angehörten, doch wahrscheinlich relativ



gering sein würde (ebd.: 648-649). Ungestellt bleibt bei Voigt an dieser Stelle die Frage, ob Ost-Berlin sich hier in vorausgehendem Gehorsam gegenüber Moskau verhielt, oder aus ureigener Überzeugung handelte.

Andererseits war auch Ost-Berlin klar, dass ihre einseitige Parteinahme zugunsten des ostbengalischen Unabhängigkeitsstrebens nicht ohne Folgen seitens der anderen südasiatischen Staaten bleiben konnte. Namentlich stellte sich die Frage: Wie würde Pakistan auf die Anerkennung Bangladeshs durch die DDR reagieren (ebd.: 654)? Bestand nicht das Risiko, dass Pakistan und seine befreundeten Staaten wie Algerien, Libyen und der Sudan die angestrebte UN-Mitgliedschaft der DDR zu verhindern suchen würden (ebd.: 658)? Andererseits warf man immer auch die Auswirkungen einer Anerkennung des neu gegründeten Staates vis-à-vis Indien in die Waagschale. Man hoffte, dies würde von Indien möglicherweise honoriert, war dabei jedoch auch auf das Moskauer Placet angewiesen: so versicherte auch der damalige stellvertretende Außenminister der DDR, Oskar Fischer, „daß jedoch alle Schritte der DDR in Abstimmung mit den sowjetischen Genossen erfolgen werden“ (ebd.: 655). Wie stets standen die Ost-Berliner Aktivitäten also unter Moskauer Vorbehalt (ebd.: 653), auch wenn die Communist Party of India (CPI) auf die Gunst der Stunde aufmerksam machte, dass Ost-Berlin „auf Grund des Fehlens jeglicher Beziehungen zu Pakistan die Rolle eines Avantgarden bei der internationalen Anerkennung Bangladeshs übernehmen könnte“ (ebd.: 650-651). Am 4. Dezember 1971, mit Beginn der offenen Kriegshandlungen zwischen Indien und Pakistan also, wurde die DDR über ihre Botschaft in Moskau sogar regelrecht beauftragt, mit dem Außenministerium der UdSSR ständig Rücksprache „über die Einschätzung der Lage und beabsichtigte sowjetische Schritte zu halten“ (ebd.: 654).

Die indische Regierung zeigte sich von der Haltung der DDR im Konflikt in Ostbengalen jedoch weniger beeindruckt als erhofft. So machte der indische Joint Secretary Venkateshwaran dem DDR-Vertreter Herbert Fischer am 7. Dezember 1971 deutlich, dass man der DDR keine Anerkennung zum Preis der Anerkennung Bangladeshs versprechen könne, „weil dies wie ein Erkauf der Anerkennung Bangladeshs aussehen würde.“ Auch der indische Botschafter in Ost-Berlin, J. C. Ajmani, hielt das MfAA weiterhin mit vagen Versprechen hin (ebd.: 653-654). Indira Gandhi blieb hart, als ihr eine Abordnung von dreizehn Abgeordneten



am 23. Dezember 1971 eine Petition mit einer Sammlung von Unterschriften [überreichte]: 447 Mitglieder beider Häuser des Zentralparlaments und 468 Abgeordnete aus Parlamenten von vier Unionsstaaten verlangten die „sofortige Herstellung voller diplomatischer Beziehungen mit der DDR.“ Begründet wurde die Forderung damit, dass die DDR „in Freundschaft stets in allen Fragen der Weltpolitik an der Seite Indiens“ stünde, dass sie nicht nur eine großzügige Hilfe für die Bangladesh-Flüchtlinge leiste, sondern auch das erste Land sei, „das für eine politische Lösung auf der Grundlage der Interessen und berechtigten Forderungen des Volkes von Bangladesh eintrat“. (ebd.: 664)

Trotz dieses Drucks zugunsten einer Anerkennung der DDR im indischen Parlament wollte Gandhi der sozialliberalen Regierung in Bonn keine Unannehmlichkeiten bereiten, die sich im Rahmen der nach dem damaligen Außenminister der Bundesrepublik, Walter Scheel (FDP), benannten „Scheel-Doktrin“ von Drittstaaten Zurückhaltung in der Anerkennungsfrage der DDR ausbedungen hatte, bis das innerdeutsche Verhältnis geregelt sei; entgegenstehendes Verhalten würde man in Bonn weiterhin als „unfreundlichen Akt“ auffassen. Der Eindruck des DDR-Außenministers Otto Winzer, Indira Gandhis engste Ratgeber rieten ihr noch immer dazu, die Wünsche der Bundesrepublik zu berücksichtigen (ebd.: 660), schien sich zu bestätigen.

346

Ost-Berlin verlegte also zunächst auf den Spatz in der Hand: die Anerkennung Bangladeshs, das ihm schon früher Gegenseitigkeit zugesagt hatte. Moskau zeigte sich dem Ost-Berliner Interesse an einer raschen Anerkennung Bangladeshs in der Hoffnung, dies werde positiven Einfluss auf Indien und die arabischen Länder haben, weniger aufgeschlossen als erhofft. Im Gegenteil war es nach Einschätzung Voigts wohl kaum im Sinne der UdSSR als führendem Staat des Ostblocks, dass die DDR vor ihr so offen Farbe zugunsten Bangladeshs bekannte (ebd.: 659). Schließlich erhielt Erich Honecker jedoch die Zustimmung des Politbüros der KPdSU: man würde die Haltung der DDR nötigenfalls sogar in der indischen Öffentlichkeit unterstützen. In der Anerkennung Bangladeshs verfolgte die DDR also durchaus ihre eigene außenpolitische Agenda: „Man geht nicht fehl mit der Deutung, dass die von der DDR entwickelte Aktivität in der Bangladesh-Frage nicht nur der Bundesrepublik unangenehm war, sie war es auch der Sowjetunion und sogar Indien“ (ebd.: 656), so Voigt.

Dass Indien sich von der eindeutigen Positionierung Ost-Berlins nicht blenden ließ, zeigt sich erneut darin, dass es dem jungen Bangladesh empfahl, mit der Anerkennung der DDR „zu warten, bis ein anderes sozialistisches Land die Anerkennung von Bangladesh“ (ebd.: 657)



ausspreche. Voigt vermutet, diese indische Mahnung gen Dhaka sei auf Bedenken gegenüber einer möglichen westdeutschen Reaktion zurückzuführen (ebd.: 659). Ähnlich wie sein großer Nachbar Indien, hielt also auch Bangladesh die DDR hin, wenngleich nach seinem früheren Versprechen nur für einige Tage bis zum 16. Januar 1972. Zu einer offiziellen Bekanntmachung des Austausches von Botschaftern zwischen den beiden Ländern, zeigte man sich von Seiten Bangladeshs jedoch noch nicht bereit (ebd.: 661).

Die Gründung des Staates Bangladesh war für die beiden deutschen Staaten demnach in erster Linie unter dem Aspekt der Anerkennung bedeutsam. Am 11. Dezember 1971 wurde der westdeutschen Seite durch den Leiter der Bangladesh-Mission in Delhi mitgeteilt, dass man mit einer unmittelbaren Anerkennung durch die DDR rechne. Man selbst plane jedoch nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Richtig erkannte man auf westdeutscher Seite, „daß die DDR Bangladesh aus sehr eigensüchtigen Motiven anerkennen wolle und dies vermutlich bereits getan hätte, wenn es die SU gestattet hätte“ (ebd.: 656).

Der indische Präsident V. V. Giri und Indira Gandhi gaben sich am 12. Januar 1972 zwar erfreut über die Ankündigung der gegenseitigen Anerkennung von DDR und Bangladesh, man wick Ost-Berliner Forderungen, Indien möge die DDR dann ihrerseits anerkennen, jedoch weiter aus (ebd.: 659-660). Wie gering der Einfluss der DDR in der Anerkennungsfrage tatsächlich war, musste Winzer erneut bei einem Zwischenstopp in Neu Delhi, unmittelbar nach Gesprächen zur gegenseitigen Anerkennung zwischen DDR und Bangladesh am 16. Januar 1972 in einer Unterredung mit seinem indischen Amtskollegen Swaran Singh erfahren: „Ganz offen gesprochen, habe man in Indien das Gefühl, daß Brandt positive Schritte eingeleitet habe, und nach unserer Einschätzung sollten wir vermeiden, ihm Schwierigkeiten zu bereiten“ (ebd.: 663). Diese Klarstellung Singhs provozierte Winzer zu einer nachgerade verzweifelten Erwiderung: „Ebenso wie es keine inner-pakistanischen Beziehungen geben kann, kann es keine inner-deutschen Beziehungen zwischen der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD geben.“ Auf dieses ideologische Glaubensbekenntnis Winzers reagierte Singh nur mit Schweigen (ebd.: 663).

Dem Plädoyer des westdeutschen Staatssekretärs Egon Frank bei seinem Indienbesuch einige Tage später wiederum, man möge mit einer Anerkennung der DDR noch warten, begegnete man von indischer Seite mit weitaus größerem Verständnis, was Voigt einerseits auf



wirtschaftliche Interessen Indiens, das die einflussreiche Stimme der Bundesrepublik in EWG, Weltbank oder aber im Aid India Consortium nicht verlieren wollte, andererseits aber auch auf ein Gefühl internationaler Isolation nach der merklichen Entfremdung von den USA im Zuge des Bangladeshkriegs, zurückführt (ebd.: 663-664). Andererseits entlarvt Johannes Voigt wiederum schonungslos Indiens manipulative Politik gegenüber der Bundesrepublik. Sehr genau beobachtete man die innenpolitische Entwicklung und die sich ändernde Interessenlage in Bonn, wie sich in indischen Erwägungen zur Anerkennung der DDR im Sommer 1972 zeigt: man wolle damit nicht länger bis nach der westdeutschen Bundestagswahl am 19. November warten, da Bonn Gespräche mit Peking aufgenommen habe, die potenziell auch Fragen der indischen Sicherheit berühren könnten. Außerdem sei fraglich, ob Willy Brandts Regierungspolitik in der Wahl überhaupt bestätigt werden würde (ebd.: 665). Vor allem erstere Überlegung zeigt die Kaltschnäuzigkeit, mit der man von indischer Seite bereit war, unliebsames westdeutsches Verhalten abzustrafen.

Auch die letztliche Anerkennung der DDR durch Indien am 8. Oktober 1972 erfolgte aus Sicht der Bundesrepublik zu früh und jedenfalls noch vor Abschluss des Grundlagenvertrags am 21. Dezember 1972 (ebd.: 666.) Offiziell wurde die Anerkennung in einer Stellungnahme des Auswärtigen Amts vom 8. Oktober 1972 zwar bedauert, als souveräne Entscheidung eines souveränen Staates aber zähneknirschend akzeptiert. Die DDR hatte auf den zunächst anberaumten 7. Oktober 1972—„Tag der Republik“ und 23. Jahrestag der Gründung der DDR—als den Tag ihrer Anerkennung gehofft. Ost-Berlin maß diesem als „Honorierung der separaten Staatsgründung“ (ebd.: 667-668) einen hohen symbolischen Wert und internationale Signalwirkung bei, die man in Bonn erkannte und zu vermeiden suchte. Erfolgreich überzeugte man Neu Delhi, die Anerkennung um wenige Stunden auf den Morgen des 8. Oktobers zu verlegen. Ebenso kam Indien dem westdeutschen Wunsch nach, die Anerkennung der DDR um eine Klausel zur deutschen Wiedervereinigung zu ergänzen „In the opinion of the Government of India, the establishment of diplomatic relations with the German Democratic Republic does not, in any way, prejudice the desire of the German people for unity should they wish to achieve it by peaceful means and through bilateral negotiations“ (zit. n. Voigt 2008: 667).

Beide Umstände waren ein gewisser Trost für die Bundesrepublik. Für die DDR wiederum bedeuteten die Terminverschiebung der Anerkennung durch Indien um einen Tag und das Einfügen der Wiederver-



einigungsklausel auf Drängen Bonns einen Wermutstropfen (ebd.: 668). Herbert Fischer fasste seine persönliche Enttäuschung in dramatische Worte:

Die auf Grund der Interventionen des hiesigen BRD-Botschafters zustande gekommene Verschiebung machte uns aber gleichzeitig klar, daß wir in unseren Anstrengungen keinesfalls nachlassen dürfen, weil der Feind noch stärker gegen uns arbeiten wird und weil wir uns auch nicht auf die Standhaftigkeit unserer indischen Freunde verlassen können. (zit. n. Voigt 2008: 669)

Die Vermutung Johannes Voigts, der konkrete terminliche Grund für die aus bundesrepublikanischer Sicht frühe Anerkennung sei Indiens Verärgerung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking sowie seine Mutmaßung, Indien könne Herbert Fischers Falschinformation über die geänderte bundesrepublikanische Haltung in der Anerkennungsfrage als willkommenen Vorwand benutzt haben, harren noch eines empirischen Beweises (ebd.: 666-667). Sicher ist, dass Indien Wünsche und Interessen hatte, die es seitens der DDR zu berücksichtigen galt. Eine erste Forderung des indischen Botschafters in der DDR, J. C. Ajmani war, die Indien-Karten der DDR mögen als Ausdruck der neuen Beziehungen zwischen beiden Staaten im indischen Sinne verändert werden. Weiterhin wurden auch wirtschaftliche Forderungen gestellt: Indien wünschte, vermehrt Fertigerzeugnisse in die DDR zu exportieren und so endlich als Industriestaat anerkannt zu werden (ebd.: 670).

Voigt behandelt den Bangladeshkrieg und seine Bedeutung für die deutsch-deutschen Beziehungen auf und zum indischen Subkontinent also bedeutend ausführlicher als Das Gupta, der den Konflikt in seiner Untersuchung nur cursorisch streift. Letztlich bleibt für Voigt die Haltung Ost-Berlins im Bangladeshkrieg aber doch nur ein Baustein auf dem steinigen Weg zu ihrer Anerkennung durch Indien, der ihr zwar weitere Sympathien einbrachte, jedoch niemals zum Zünglein an der Waage wurde. Seines Erachtens gab es nicht ‚den‘ einen entscheidenden Grund, der schließlich ausschlaggebend für die Anerkennung wurde. Im Gegenteil: „Die indische Regierung bekräftigte stets, dass sie die Frage einer Anerkennung der DDR nach der Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung und nach Zweckmäßigkeitserwägungen beurteilte“ (ebd.: 675). Voigt beschreibt jedoch auch Erfolge und Errungenschaften der Indienpolitik Ost-Berlins, gerade auch im Hinblick auf die staatlich gewollte und zum Teil gelenkte Freundschaftsbewegung, die das Bild der DDR in Indien nachhaltig prägen sollte:



Der entscheidende Unterschied im Auftreten der beiden deutschen Staaten in Indien war die simple Tatsache, dass die DDR ein ‚positives‘ Ziel hatte, das Indien zu vergeben hatte, nämlich die staatliche Anerkennung. Die Bundesrepublik hingegen verteidigte nur den Status quo und ihren Alleinvertretungsanspruch, und damit waren keine Sympathien zu gewinnen, keine Massen zu begeistern und in den Medien keine ‚Ungerechtigkeit‘ anzuprangern. (ebd.: 674)

Bemerkenswerterweise billigt Voigt Indien kaum eine aktive Rolle in der Gestaltung des ostbengalischen Unabhängigkeitskampfes zu. Seines Erachtens, „konnte Indien nicht tatenlos zusehen, wie das westpakistanische Militärregime in Ost-Pakistan elementare und demokratische Rechte missachtete und an die zehn Millionen Menschen zur Flucht nach Indien trieb“ (ebd.: 643-644). Den Angriffsbefehl auf Pakistan erst nach pakistanischen Präventivschlägen auf indische Flugplätze zu geben, bewertet Voigt als „diplomatisch abwartend“ (ebd.: 649). In anderen Darstellungen wirkt die indische Haltung weit weniger altruistisch und friedliebend.² In der Bewertung, der Konflikt habe zu einer indisch-amerikanischen Entfremdung beigetragen, stimmt Voigt hingegen mit anderen Beobachtern überein.³

350

Interessant ist Voigts Interpretation, der Krieg habe Indien wirtschaftlich geschwächt und damit seine Abhängigkeit von Entwicklungshilfegeldern der Bundesrepublik verstärkt. Die DDR wiederum habe sich moralisch auf eine Unterstützung Indiens festgelegt (ebd.: 649-650). Der Zusammenhang zwischen der Stellung Indiens im globalen Kalten Krieg und seiner Haltung in der Deutschlandfrage wird in der Erklärung Swaran Singhs an Otto Winzer deutlich, warum Indien nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen DDR und Bangladesch im Januar 1972 noch zögerte, die DDR ihrerseits anzuerkennen. Neben der Rücksichtnahme auf die „Neue Ostpolitik“ der Regierung Willy Brandts, gebe es eine

Zuspitzung der Lage auf dem indischen Subkontinent gegenüber den USA und der Volksrepublik China, weshalb Indien die Demokratische Republik Vietnam, also Nordvietnam, anerkannt habe. Indien könne deshalb ‚keine weitere Front‘ gebrauchen, womit er sich, wie Winzer meinte, auf die Bundesrepublik und die mit ihr verbündeten EWG-Staaten bezog. (ebd.: 660)

Es ist gerade diese Verquickung einzelstaatlicher Interessen, die bei Voigt an dieser Stelle deutlich wird, die den Bangladeshkrieg und die jeweilige Haltung der beiden deutschen Staaten zu einem derart instruktiven Feld der Forschung zum Kalten Krieg machen.



2.3 Weitere Literatur zu den Beziehungen der Bundesrepublik nach Südasien

In ihrem 1975 erschienenen kurzen Beitrag „Die Beziehungen zu den Staaten des indischen Subkontinents“ im von Hans-Peter Schwarz verantworteten *Handbuch der deutschen Außenpolitik* stellt Dagmar Gräfin v. Bernstorff wiederum heraus, dass sich Bonn im indisch-pakistanischen Konflikt um Neutralität bemüht habe und auch nicht vermittelnd tätig geworden sei. Die Bundesrepublik habe versucht, „gleich gute Beziehungen zu allen fünf Staaten des Subkontinents zu unterhalten. Sie ging von dem Grundsatz aus, Spannungen nicht zu vergrößern, sondern eher abzubauen, sie jedenfalls nicht für eigene kurzfristige Vorteile auszunutzen“ (Bernstorff 1975: 337).

Günter Diehl, von 1970 bis 1977 Botschafter der Bundesrepublik in Indien, kann in seinen Erinnerungen *Die indischen Jahre – Erfahrungen eines deutschen Botschafters* mit einigen Anekdoten, unter anderem auch zum deutsch-deutschen Verhältnis auf dem Subkontinent aufwarten. So etwa mit Swaran Singhs Bemerkung ihm gegenüber zur gemeinsamen indisch-deutschen Teilungserfahrung: „Lieber Freund, ich weiß, was Sie bewegt. Mir brauchen Sie das nicht zu erklären. Ich stamme aus Lahore“ (Diehl 1991: 80); oder aber seinen Eindrücken von Herbert Fischer und dessen Reaktion auf die Anerkennung der DDR durch Indien: „Es wird Zeit, daß man rings in der Welt mit dem Gerede von der Wiedervereinigung Schluß macht und die Realität anerkennt, daß zwei deutsche Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen existieren“ (ebd.: 82).

Über weite Teile stellt sich Amit Das Guptas Aufsatz „West Germany’s South Asia policy 1947 to 1972“, 2014 in *Encounters between Germany and Asia in the twentieth century* erschienen, herausgegeben von Joanne Cho, Eric Kurland und Douglas McGetchin als eine Zusammenfassung seiner erwähnten Dissertation sowie seines fünf Jahre zuvor veröffentlichten Aufsatzes „India and Ostpolitik“ dar. Er beschreibt die Schwierigkeiten der Regierungen Adenauer, das Entwicklungsland Indien als Partner auf Augenhöhe und sein Recht auf Blockfreiheit anzuerkennen. Beides änderte sich erst unter Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt (Das Gupta 2014b: 189). Die Prioritätensetzung der beiden deutschen Staaten auf dem Subkontinent angesichts der Hallstein-Doktrin erklärt sich Das Gupta zufolge aus der Rolle Indiens unter den blockfreien Staaten: „Whereas Pakistan’s stand towards the German question was mostly irrelevant, India’s was believed to have great influence in the non-aligned world“ (ebd.: 197). Indiens



Präferenz für die Bundesrepublik wiederum entsprang für Das Gupta einerseits der persönlichen Überzeugung Indira Gandhis, dass die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt der richtige Weg sei, andererseits aber auch seinem Bestreben, nach Ende des unter sowjetischer Rückendeckung gegen Pakistan geführten Bangladeshkriegs wieder eine größere Annäherung an den Westen und damit glaubwürdig den Weg zurück in die Blockfreiheit zu finden (ebd.: 198-199).

2.4 Weitere Literatur zu den Beziehungen der DDR nach Südasien

Siegfried Kupper: *Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern*

Der dritte Band, *Indien, Ceylon, Malediven* der vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik herausgegebenen Reihe *Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern* wurde von Siegfried Kupper verantwortet und erschien im September 1970. In weiten Teilen stellt seine Arbeit sich als konzisere Variante der später von Johannes Voigt vorgelegten Monografie dar, ohne allerdings wie diese auch den Bangladeshkrieg im Jahr 1971 zu behandeln. Neben narrativen Darstellungen des politischen und kulturellen Austausches zwischen Ost-Berlin und Indien in den 1950er und 1960er Jahren, kann Kupper mit einigen griffigen Zitaten einerseits zur Positionierung Indiens im Ost-West-Konflikt („We are not going to join war if we can help it; and we are going to join the side which is to our interest when the time comes to make the choice“⁴) aufwarten sowie mit einer knappen Darstellung der aus seiner Sicht ausgesprochen polarisierenden DDR-Außenpolitik, die „Teil ihres politischen Kampfes gegen die Bundesrepublik und für ihre völkerrechtliche Anerkennung“ sei, in dem die DDR sich selbst als friedliebend und fremde Kulturen achtend, die Bundesrepublik hingegen als imperialistisch und neokolonialistisch darstellte. Das damit einhergehende Sendungsbewusstsein der DDR bewertet Kupper als dem westdeutschen Alleinvertretungsanspruch nicht unähnlich (Kupper 1970: 7-8).

Satish Chand Misra: *India and: a critical study of the problem of recognition*

Wenig überraschend ist Satish Chand Misras Dissertation *India and GDR: a critical study of the problem of recognition (1954 – 1972)*, publiziert im Jahre 1978 an der Humboldt-Universität im damaligen



Ost-Berlin nicht frei von der Ideologie des DDR-Staates. Sie zeigt sich sowohl in seiner Bewertung der ihm zufolge im Westen verkannten Südasienpolitik der DDR als auch der indischen Haltung im Bangladeshkrieg. So attestiert er Bonn wenig Weitsicht, wenn er über die Schritte der Annäherung zwischen DDR und Indien Ende der 1960er Jahre schreibt „Any step in this direction was always misunderstood in Bonn“ (Misra 1978: 61). Wie Voigt, so glaubt auch Misra an uneigennützige Motive Indiens, die es zum Einschreiten in Ost-Pakistan bewegten: „India could not have seen all this massacre of the innocent people and the murder of democracy just silently“ (ebd.: 94). Er beschreibt Konzerte, Demonstrationen und weitere Aktionen, in denen man in der DDR seine Solidarität mit dem ost-bengalischen Unabhängigkeitskampf bekundete (ebd.: 96). Eine Haltung, die aus seiner Sicht zur Anerkennung der DDR durch Indien im Oktober 1972 beitrug (ebd.: 99). Aus methodischer Sicht am interessantesten für eine Arbeit im globalgeschichtlichen Kontext ist möglicherweise ein von Misra beschriebener Zusammenhang, in dem der Kalte Krieg auf das Verhältnis Indiens zu den beiden deutschen Staaten durchgreift⁵: „The Friendship Treaty between India and the Soviet Union, which was signed in New Delhi on August 9, 1971, also contributed indirectly to the positive attitude of the Government of India and the public opinion towards the GDR“ (ebd.: 97).

Satish Chand Misra: India-GDR: three decades of relations

„As three decades of the establishment of the Indo-GDR relations were completed in 1984, the bilateral ties had grown into a model of cooperation“ (Misra 1986: 96), schreibt Misra auch in seinem zweiten Buch zu den DDR-Indien-Beziehungen, das sich—obgleich in Indien veröffentlicht—nahtlos an seine recht apologetische Dissertation anknüpft. Dennoch gewährt Misras Studie interessante Einblicke in die Wahrnehmung der westdeutschen Ostpolitik aus indischer Sicht und stellt damit gewissermaßen einen komplementären Gegenentwurf zu Amit Das Guptas Aufsatz zu diesem Thema dar—der sich auf Misras Ausführungen jedoch mit keiner Silbe beruft. So beschreibt Misra zunächst den ostdeutschen Kampf um Anerkennung trotz westdeutscher Opposition, mit der die Bundesrepublik dem damaligen indischen Außenminister Swaran Singh zufolge international alleinstand (ebd.: 65-67). Indiens Rolle im Bangladeshkrieg wiederum beschreibt Misra wenig überraschend als durchweg friedliebend und passiv: Pakistan mit seinen beiden kulturell so verschiedenen Teilen sei ein von Anfang an unnatürliches und zum Scheitern verurteiltes Staatsgebilde gewesen, auf



dessen Schicksal die Ost-Pakistaner zudem spätestens mit dem Militärputsch Ayub Khans 1958 keinerlei Einfluss mehr nehmen konnten (ebd.: 69-70). Letztlich sei Indien durch das „massacre of the innocent people and the murder of democracy“ in seinem Nachbarland sowie „the unprecedented influx of refugees“ zur Unterstützung der ostpakistanischen Unabhängigkeitsbewegung praktisch gezwungen worden (ebd.: 71). Indien habe hierbei hervorragende Unterstützung durch die DDR erfahren. So habe Ost-Berlin sich etwa dazu bekannt, Waffenlieferungen an Pakistan stets zu unterlassen und die Freilassung Sheikh Mujibur Rahmans verlangt, verwundete Kämpfer der bengalischen Freiheitsbewegung (Mukti Bahini) seien in DDR-Krankenhäusern behandelt worden und die DDR sei das dritte Land überhaupt gewesen, das den jungen Staat Bangladesh anerkannte (ebd.: 73).

Für die letztliche Anerkennung der DDR waren nach Misra verschiedene Faktoren entscheidend: die täglich an Bedeutung zunehmende Freundschaftsbewegung zwischen DDR und Indien, die Haltung der DDR im Bangladeshkrieg, Kooperationen der Kongresspartei mit der Kommunistischen Partei Indiens, das Viermächte-Abkommen über Berlin von 1971, das Voranschreiten der Verhandlungen zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag, Entspannungspolitik in Europa sowie zuletzt auch der indisch-sowjetische Freundschaftsvertrag (ebd.: 74-75). Der Freundschaftsbewegung war es 1971 nicht zuletzt gelungen, an nur einem einzigen Tag die Unterschriften von 447 Mitgliedern beider indischer parlamentarischer Häuser zu sammeln, die als Mehrheit die Regierung zur Anerkennung der DDR aufforderten. Entsprechend bewertet Misra: „The pressure built up [...] was an indicator to the Government of India that the cause of GDR's recognition was very popular“ (ebd.: 81).

Im abschließenden Kapitel hebt Misra die herausragende Bedeutung des Staatsbesuchs Indira Gandhis 1976 in der DDR (ebd.: 86) sowie die Wahrnehmung Erich Honeckers in Indien als „most able spokesman of the Soviet block outside the Soviet Union“ (ebd.: 91) hervor. Misra attestiert Indira Gandhi nicht nur eine herausragende persönliche Bedeutung für die Beziehungen zwischen DDR und Indien, sondern bescheinigt ihr überdies „the unusual knack of winning over people with her understanding and personal warmth“ (ebd.: 94). Ob die Tausenden inhaftierten Oppositionellen dies während ihrer Jahre im Gefängnis zur Zeit der von Indira Gandhi 1977 ausgerufenen notstandsähnlichen „Emergency“ ähnlich sahen, lässt Misra an dieser Stelle offen.

Eberhard Schneider: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*

Einen westdeutschen Blick auf die Haltung der DDR in und gegenüber den südasiatischen Staaten, wirft Eberhard Schneiders Beitrag *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien von 1978*. Ausgehend von der Einbettung der DDR-Außenpolitik in diejenige der Staaten des Warschauer-Paktes, in denen er „ab Beginn der 60er Jahre eine Interessenparallelität zwischen der UdSSR und Indien hinsichtlich der Eindämmung des chinesischen Einflusses in Asien erkennt“ (Schneider 1978: 6), beschreibt Schneider den Einfluss der Sowjetunion im indisch-pakistanischen Konflikt und (dem späteren) Bangladesh: zwar fungierte die UdSSR durchaus als Sicherheitsgarant Indiens gegenüber China und wurde als Vermittler des Vertrags von Taschkent zwischen Indien und Pakistan nach Ende des Zweiten indisch-pakistanischen Krieges 1966 als regionale Ordnungsmacht in Südasien akzeptiert (ebd.: 7-8). Gleichzeitig konnte Moskau etwa die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Bangladeshs mit der Volksrepublik China und Saudi-Arabien nicht verhindern (ebd.: 8-9). Neben seiner Feststellung über die Bedeutung, die Indien als führender blockfreier Staat in der DDR-Außenpolitik einnahm, verdient auch Schneiders Bewertung der Haltung Nehrus in der Deutschlandfrage Erwähnung: „Für Nehru bestand ein so unlösbarer Zusammenhang zwischen Nation, staatlicher Einheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, daß er von der geschichtlichen Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands fest überzeugt war“ (ebd.: 15).

355

Ein Jahr später ergänzte Schneider diese Beobachtungen in seinem kurzen Beitrag „Südasien“ im westdeutschen Sammelband *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder* um explizite Vergleiche der Südasienpolitiken von Bundesrepublik und DDR. So sei „die DDR in außenpolitischen Fragen eher den indischen Standpunkt zu vertreten bereit [...], während sich die Bundesrepublik Deutschland neutral verhielt“ (Schneider 1979: 703).

Joachim Heidrich: *DDR – Indien: Partner auf Zeit*

Joachim Heidrichs 1998 veröffentlichter Band *DDR – Indien: Partner auf Zeit* ist weniger wissenschaftliche Studie als Sammlung von Zeitzeugenberichten der Beziehungen von DDR und Indien. In der Tat stellen sich die Berichte über weite Strecken apologetisch dar, sie wie Voigt mit dem Argument abzutun, mit den Berichten sei „einer historisch-kritischen Aufarbeitung wenig gedient“ (Voigt 2008: vii), verkennt jedoch den historischen Wert persönlicher Zeugnisse, etwa



eines Herbert Fischer, für ein besseres Verständnis der DDR-Indien-Beziehungen. Dieser spätere erste Botschafter der DDR in Indien zeigt in seinem Aufsatz „Entwicklung der staatlichen Beziehungen DDR – Indien“ bei aller Wehmut und sicher auch Frustration etwa darüber, dass Mitarbeiter des MfAA der DDR nicht in das Auswärtige Amt übernommen, ihre „vielseitigen Fähigkeiten und Erfahrungen“ (Fischer 1998: 45) nicht genutzt wurden, durchaus auch Differenzierungsvermögen. Sein Erfahrungsbericht verdeutlicht jedenfalls, was die Hallstein-Doktrin für die „andere Seite“ (ebd.: 29) bedeutete, die Grenzen, die die Bundesrepublik dem Agieren der DDR in Indien setzte.

Gleichzeitig beschreibt er, wie die DDR mit ihren anders gearteten Interessen auch anders in Indien auftrat als ihr westdeutscher Widerpart. So importierte die DDR nicht nur Rohstoffe aus Indien, sondern auch Fertigwaren und Halbfabrikate, was durchaus im Sinne des südasiatischen Staates war, der sich selbst zunehmend als industrialisiertes Land wahrnahm. Beachtenswert sind auch bei Fischer Beobachtungen zur Bedeutung persönlicher Sympathien für die zwischenstaatlichen Beziehungen. So habe Nehru etwa ein besonders herzliches Verhältnis zu Otto Grotewohl gehabt, dem ersten Ministerpräsidenten der DDR (ebd.: 32-33). Er beschreibt auch die unermüdlichen Bemühungen der DDR auf mehreren Ebenen, Fürsprecher für ihre Anerkennung im indischen Parlament zu gewinnen und so Mandatsträger dafür zu gewinnen, in ihrem Sinne auf Indira Gandhi Einfluss zu nehmen (ebd.: 38). Man war darin derart erfolgreich, dass Fischer den damaligen indischen Außenminister im Jahr 1970 mit den Worten zitiert: „Es mag Ihnen eine gewisse Befriedigung sein, daß die DDR im indischen Parlament vielleicht eine stärkere Lobby hat als irgendein anderes Land“ (ebd.: 40-41).

Hinsichtlich des Bangladeshkriegs wartet Fischer mit der Anekdote auf, dass der spätere erste Außenminister des unabhängigen Bangladesh während des Konflikts in Ostbengalen in Neu Delhi mit der Bitte an ihn herantrat, von Ost-Berlin möge ein die Befreiungsbewegung unterstützender Aufruf in die Welt gehen, die Unabhängigkeit Bangladeshs anzuerkennen. Anders als andere Staaten sei die DDR dieser Bitte nachgekommen (ebd.: 41). Ebenso habe Fischer zur ausgesuchten Delegation derjenigen gehört, die den soeben aus der westpakistanischen Haft entlassenen Mujibur Rahman bei seinem kurzen Zwischenstopp auf dem Weg nach Dhaka am Flughafen von Neu Delhi begrüßte (ebd.: 41-42). Fischer folgt deutlich der indischen Interpretation des Konflikts um Ostbengalen, der zufolge ein Eingreifen gegen



die brutal mordende pakistanische Zentralregierung geradezu moralischer Imperativ war. Ihm ist dabei jedoch auch bewusst, dass die DDR sich in ihrer Unterstützung der Sezessionsbestrebungen im östlichen Flügel Pakistans mitunter von Indien instrumentalisieren ließ, etwa wenn es um die Anerkennung des jungen Staates Bangladesh ging: „Im [indischen] Außenministerium ließ man durchblicken, daß damit die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der DDR beschleunigt wurde“ (ebd.: 42).

Als kaum ausgewogener im Vergleich zu Fischers Darstellungen stellt sich der Aufsatz „Indien in Politik und Wissenschaft der DDR“ des Herausgebers Joachim Heidrich selbst dar. Bemerkenswert jedoch gleich zu Beginn der Ausführungen ist seine Interpretation der Zurückhaltung Indiens im Umgang mit den beiden Staaten des geteilten Deutschlands als Ausdruck der eigenen traumatischen Teilungserfahrung von 1947 (Heidrich 1998: 250). Auch sein Rückblick ist nicht ideologiefrei: in Indien, so Heidrich, habe die Bundesrepublik vornehmlich ideologische Interessen zur Abwehr des Kommunismus [d.h. Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs gegenüber der DDR] verfolgt (ebd.: 255). Die DDR habe als antiimperialistischer und antifaschistischer Staat dagegen ein deutlich natürlicheres Verhältnis zu Indien mit seinen parallelen Interessen entwickeln können, die spätestens mit dem Grenzkrieg von 1962 den mit der Sowjetunion gemeinsamen Feind, die Volksrepublik China, einschlossen (ebd.: 256). Nichtsdestotrotz erkennt Heidrich auch die Haltung Nehrus zur deutschen Frage an, die dieser im August 1961 dem indischen Parlament dargelegt habe: „Indien wolle kein Hindernis für die Wiedervereinigung aufrichten durch de jure-Anerkennung beider politischer Einheiten oder durch Herstellen diplomatischer Beziehungen zu zwei deutschen Staaten“ (ebd.: 257). Bemerkenswert ist zuletzt Heidrichs Schilderung der vor allem ökonomischen Herausforderungen, die die lang ersehnte internationale Anerkennung der DDR nach Ende der Hallstein-Doktrin für das MfAA bedeutete:

Der Zwang zur Mobilisierung beträchtlicher finanzieller Ressourcen und geeigneter Personen für die plötzlich neu geschaffenen oder aufgewerteten Auslandsvertretungen in zahlreichen Ländern führte aber u.a. zur Schließung der Generalkonsulate der DDR in Kalkutta und Madras Mitte 1975. (ebd.: 258)

Auch nach der Anerkennung blieb Indien ein Schwerpunktland der DDR-Außenpolitik, wie Roland Lindner, 1970-1972 Leiter des DDR-Konsulats in Bombay sowie 1977-1980 DDR-Botschafter in Pakistan,



im von Siegfried Bock, Ingrid Muth und Hermann Schwiesau 2002 herausgegebenen Erinnerungsband *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel – Diplomaten im Gespräch*, feststellt. Allerdings wurde die Gegenseitigkeit dieser Beziehungen dann „von indischen Partnern nicht so hoch gehängt, wie es die DDR gern gesehen hätte. Die gegenseitige politische Gewichtung war eben doch unterschiedlich“ (Bayerlacher et al. 2004: 292).

2.5 Weitere Literatur zu den deutsch-deutschen Beziehungen in Südasiens

Die vielleicht wichtigste und dichteste Studie zum Thema verfasste Amit Das Gupta mit seinem Aufsatz „India and Ostpolitik“ in *Ostpolitik, 1969–1974: European and global responses*, herausgegeben von Carol Fink und Bernd Schaefer. Erschienen 2009 und damit nur ein Jahr nach Voigts Monografie zu den Beziehungen der DDR nach Indien, stellt „India and Ostpolitik“ gleichsam einen komplementären Gegenentwurf zu Voigts Arbeit dar. Wie der Titel vermuten lässt, vollzieht Das Gupta hier die indische Haltung in der Deutschlandfrage nach, die trotz der indischen Blockfreiheit bereits unter Nehru eher gen Bonn tendiert habe. Das Gupta führt diese Beobachtung nicht allein auf die größere Wirtschaftskraft der Bundesrepublik zurück, sondern vor allem auch auf die weltpolitisch gewichtigere Stimme Bonns (Das Gupta 2009: 163). Wiederholt betont er jedoch auch, dass „the personality factor played an important role in India’s relations with the two German states“—insofern sei also die Beliebtheit des deutschen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger (CDU) sowie vor allem seines Außenministers Willy Brandt (SPD) in der Großen Koalition nach Adenauer ab 1966 entscheidend für die indische Unterstützung der späteren Bonner Ostpolitik gewesen.

Nach Das Gupta war die indische Wendung gen Westen in diesem Zusammenhang gar das gesuchte Gegengewicht, das Indien nach dem Indisch-Sowjetischen Vertrag vom 9. August 1971 wieder zu mehr Glaubwürdigkeit als führendem blockfreien Staat verhalf (ebd.: 164). Besonders geschickt war für Das Gupta die Zurückhaltung der Regierung Kiesinger, die niemals versuchte, direkten Einfluss auf die souveränen Entscheidungen der indischen Regierung zu nehmen, sondern sich des indischen Anspruchs nach Unabhängigkeit ebenso bewusst war wie seines Führungsanspruchs innerhalb der Blockfreien-Bewegung. Bonn zeigte sich mit dieser Strategie erfolgreicher darin, indisches Vertrauen zu gewinnen als selbst Moskau: KPdSU-General-



sekretär Leonid Breschnew erhielt im September 1969 vom damaligen indischen Außenminister Dinesh Singh eine abschlägige Antwort auf seine Aufforderung, die DDR nunmehr anzuerkennen; die Bundesrepublik dagegen wurde über die Anerkennungsabsichten Indiens weit-aus detaillierter in Kenntnis gesetzt (ebd.: 166-167).

Der Ausbruch des Bangladeshkriegs allerdings stellte diese Haltung Indiens Das Gupta zufolge auf den Prüfstand: die amerikanisch-chinesische Kollusion zu Gunsten seines Erzrivalen Pakistan trieb Indien in die Arme Moskaus. Indiens Rolle als neutraler und abwägender Beobachter der deutsch-deutschen Entwicklung wurde dadurch zunehmend infrage gestellt, zumal Ost-Berlin sich von Anfang an klar auf Seiten der ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfer und Indiens positionierte (ebd.: 171). Andererseits gelang es Willy Brandt nicht zuletzt in seiner Rolle als Friedensnobelpreisträger ab Dezember 1971 durch vehemente öffentliche Forderungen an Pakistan, Mujibur Rahman aus der westpakistanischen Haft zu entlassen, sich klar und zu Gunsten Indiens von Washington abzugrenzen (ebd.: 172). Dennoch nutzte Indien die deutsch-deutsche Auseinandersetzung weiterhin bewusst zur Durchsetzung seiner eigenen Interessen: als der westdeutsche Bundessicherheitsrat im September 1971 in Reaktion auf Berichte über die humanitäre Lage in Ost-Pakistan ein Waffenembargo über den Export von Rüstungsgütern nach Indien und Pakistan verhängte, zwang die Regierung Gandhi Bonn, vereinbarte Lieferungen zu erfüllen—andernfalls würde man Ost-Berlin kontaktieren. Der Coup gelang: im Frühjahr 1972 wurde die westdeutsche Ware geliefert (ebd.: 173).

Neben diesem eindeutigen Beispiel für die „Tyrannei der Schwachen“ im Kalten Krieg⁶, zeichnet Das Gupta die Abhängigkeit Ost-Berlins von seinem Moskauer Hegemon nach: Obgleich es eindeutig im Interesse der DDR-Führung war, der Bundesrepublik durch eine frühe Anerkennung Bangladeshs zuvorzukommen, wartete Erich Honecker das sowjetische Placet zunächst ab. Obgleich grundsätzlich freier in ihren Handlungen als die DDR-Führung, scheute jedoch auch die Bundesrepublik vor allzu offener Kritik an der pro-pakistanischen Haltung Washingtons zurück, war sie doch auf die amerikanische Unterstützung ihrer Ostpolitik angewiesen (Das Gupta 2009: 174-175). Das Gupta beschreibt den bekannten Kampf der DDR um Anerkennung durch Indien und das indische Zögern; aber auch das Interesse Neu Delhis, Bonn möge seinen Einfluss innerhalb der Europäischen Gemeinschaft geltend machen, um diese als Angehörige des westlichen Bündnisses zur Anerkennung des jungen Bangladesh zu bewegen. Ein Wunsch, dem Bonn nachkam und für den es mit einem weiteren Aufschub der



Anerkennung der DDR durch Indien belohnt wurde (ebd.: 176). Im Umgang mit Dhaka musste Ost-Berlin Ähnliches durchstehen (ebd.: 177).

Insgesamt erkennt Das Gupta eine Präferenz Neu Delhis für die Bundesrepublik, die er in harten Fakten („Bonn’s European allies offered greater support than East Berlin’s“, ebd.: 180) ebenso begründet sieht wie im geschickteren Verhandeln der Bundesrepublik („Instead of threats and arm-twisting, Bonn displayed trust and serenity, which were much appreciated in New Delhi“, ebd.: 180). Dass die Anerkennung der DDR durch Indien dennoch früher erfolgte, als es der Bundesrepublik lieb sein konnte, erklärt er aus einer kühlen Interessenabwägung Indiens; „realpolitik dictated the need to obtain some profit from recognition of the GDR at a time when East Berlin was still ready to pay a price for full diplomatic relations“ (ebd.: 180).

Anders als der Titel vielleicht vermuten lässt, handelt es sich bei Amit Das Guptas Aufsatz „Divided nations: India and Germany“, erschienen 2012 in *India in the world since 1947 – national and transnational perspectives*, herausgegeben von Andreas Hilger und Corinna R. Unger, weniger um den Vergleich der jeweiligen Teilungsgeschichte der beiden deutschen Staaten und auf dem indischen Subkontinent, als vielmehr um eine zusammenfassende Narrative der Beziehungen von Bundesrepublik und DDR zu den Staaten des indischen Subkontinents. Seinen Vorarbeiten entsprechend konzentriert er sich vornehmlich auf die erste Hälfte des Kalten Krieges, während die Beziehungen nach Anerkennung der DDR durch Indien und Abschluss des Grundlagenvertrages praktisch gegenstandslos geworden zu sein scheinen. Bemerkenswert an dieser Studie, die neben der Dissertation des Autors und seinem zuletzt beschriebenen Aufsatz nun auch die Monografie Voigts und damit die Perspektive der DDR berücksichtigt, sind Das Guptas Erläuterungen zu den Umständen, die dazu führten, dass Indien bereits 1951 diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnahm: zunächst habe das unabhängige Indien als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges eine Militärpräsenz seiner ehemaligen Kolonialmacht gleichsam „geerbt.“ Außerdem habe Indien in der Frühphase des Kalten Krieges noch deutlich stärker unter westlichem Einfluss gestanden, als seine Selbstwahrnehmung als international unabhängiger und blockfreier Staat es erlaubt hätte und zuletzt seien gute Beziehungen nach Westdeutschland für Indien bereits früh auch wirtschaftlich opportun gewesen (Das Gupta 2012: 302).



Zu beachten ist an dieser Stelle ein weiterer Beitrag Das Guptas „The non-aligned and the German question“ von 2014. Der Autor beschreibt dort die Reaktion der blockfreien Staaten auf den von Bonn propagierten Alleinvertretungsanspruch bzw. den Ost-Berliner Anspruch, das als antifaschistisch bessere Deutschland zu sein (Das Gupta 2014a: 143). Insgesamt aber, so stellt Das Gupta fest, war die Deutschlandfrage den blockfreien Staaten „a topic genuinely irrelevant for almost all of them“ (ebd.: 148).

In einer der jüngsten umfangreichen Studien zum Bangladeshkrieg widmet sich Srinath Raghavan an gleich mehreren Stellen der Positionierung der beiden deutschen Staaten in dem südasiatischen Konflikt. Er beschreibt in seinem 2013 erschienen Buch *1971: A Global history of the creation of Bangladesh*, wie die DDR als einziger Staat des Ostblocks seine eigene, von Moskau abweichende Agenda verfolgte und etwa der ostdeutsche Repräsentant in Kalkutta schon in der zweiten Aprilwoche 1971 die Ausrufung eines unabhängigen Bangladesh durch die provisorische Regierung vorhersah. Der damalige Außenminister der DDR, Otto Winzer, sollte so seinem sowjetischen Amtskollegen Andrei Gromyko gegenüber später sehr offen zugeben, dass man sich durch eine rasche Anerkennung Bangladeshs eine Beschleunigung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Indien erhoffte. Die diplomatische Anerkennung durch das junge Bangladesh wiederum war der DDR schon im Juli 1971 zum vergleichsweise günstigen Preis militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung im Kampf gegen die pakistanische Zentralregierung zugesichert worden (Raghavan 2012: 157).

Ähnlich wie Das Gupta beschreibt auch Raghavan die indienfreundliche Gesinnung vor allem Willy Brandts, dessen Regierung von Indien als relativ neutraler und ausgewogener Mittler akzeptiert wurde, auf dessen Stimme man in der internationalen Gemeinschaft baute und der nicht zuletzt glaubhaft seine Empathie mit der indischen Flüchtlingskrise versichern konnte. So stellte der damalige indische Außenminister, Swaran Singh, im Juni 1971 fest, Brandt sei „very familiar with this problem of refugees and he was greatly moved [...] I must confess it came to me as a pleasant surprise“ (ebd.: 158-159). Seine Recherchen in britischen Archiven führten Raghavan überdies zu Erkenntnissen, dass die pakistanische Zentralregierung sich den bengalischen Unabhängigkeitsbestrebungen keinesfalls gänzlich verschloss, sondern der damalige Militärdiktator Yahya Khan lediglich Mujibur Rahman als Verhandlungspartner ausschloss und vielmehr im November 1971 noch einen ostpakistanischen Premierminister voraus-



sah. Seine Beobachtung vor allem im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes hingegen zeigen die manipulative Rolle, die Indien im Umgang mit Brandt einzunehmen vermochte: zwar ahnte seine Regierung spätestens Mitte November 1971 Indiens kriegerischen Absichten gegenüber dem Erzfeind Pakistan, doch konnte Indira Gandhi Bonn davon überzeugen, sein Waffenembargo gegenüber Indien aufzuheben, gegenüber Pakistan jedoch aufrechtzuerhalten. Damit, so Raghavan, sei es Indien gelungen, eine transatlantische Einigung über die Haltung im Bangladeshkrieg zu verhindern (ebd.: 230-231).

2.6 Zusammenfassung

Das Gupta fällt ein recht eindeutiges Urteil über die Südasienpolitik der jeweils beteiligten Staaten des Ost-West-Konflikts: versagenden USA stehen weitaus klüger agierende Sowjets gegenüber. Im krassen Gegensatz dazu waren jedoch auf der kleineren Ebene des deutsch-deutschen Kalten Krieges die Verhältnisse gerade umgekehrt: die Bundesrepublik konnte ihre Interessen deutlich geschickter durchsetzen als die DDR. Die jeweilige Begründung kann als Lehrstück der Internationalen Beziehungen gelten. USA und DDR begingen gleichermaßen den Fehler, die Staaten des indischen Subkontinents jeweils lediglich als Instrumente zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen wahrzunehmen, so unterschiedlich diese auch waren. Moskau und Bonn dagegen verhielten sich weitaus geschickter, indem sie zumindest das fundamentale Bedürfnis Indiens nach Unabhängigkeit und damit Blockfreiheit respektierten. Dass eine Annäherung an Peking Indien in die Arme Moskaus treiben würde, hätten die USA ebenso voraussehen können wie Ost-Berlin die Tatsache, dass Indien die DDR nicht aus schierem Altruismus anerkennen würde. Die bundesrepublikanischen Erfolge erscheinen vor allem vor dem Hintergrund umso erstaunlicher, als Indien stets auch die Bonner Kontakte nach Pakistan beargwöhnte und ihm mit der westdeutschen Hallstein-Doktrin ein hervorragendes Druckmittel zur Durchsetzung seiner Interessen gegenüber der Bundesrepublik an die Hand gegeben worden war. Unter diesen Umständen agierte die Bundesrepublik nach Meinung Das Guptas äußerst geschickt—nicht zuletzt dank persönlicher Sympathien der jeweiligen Spitzenpolitiker in Bonn und Neu Delhi.

Voigt hingegen beurteilt die DDR-Haltung im Bangladeshkrieg als wichtig und richtig. Trotz der eindeutigen Parteinahme zugunsten Indiens in diesem Konflikt muss er jedoch auch anerkennen, dass die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten Ost-Berlins in Südasien sehr begrenzt



waren. Dies galt sowohl im Verhältnis zur Regierung Indira Gandhis als auch zum jungen Staat Bangladesh, der die DDR in ihrem Streben nach gegenseitiger Anerkennung zunächst ähnlich hinhielt wie sein großer Nachbar Indien.

Dass die Hallstein-Doktrin den außenpolitischen Handlungsspielraum Bonns einschränken musste, war bereits ihrem eigentlichen Begründer, Botschafter Wilhelm Grewe, bewusst. So ließ die Bundesregierung sich die Nichtanerkennung der DDR durch Indien sehr viel kosten und „lag denn auch der größere Teil des Problems im Vorfeld einer förmlichen Anerkennung der DDR bei der Vielzahl möglicher Beziehungen unterhalb des Austauschs von Botschaftern“ (Spanger & Brock 1987: 286). Die Abhängigkeit, in die Bonn sich mit diesem „Kampf auf verlorenem Posten“ gegenüber den Staaten der Dritten Welt begab, machen Spanger und Brock schon 1987 deutlich:

Die Bundesregierung mußte erkennen, daß häufig nicht Freundschaft oder gemeinsame politische Grundwerte über die Anerkennung der DDR entschieden, sondern allein günstige Kreditzusagen oder das Interesse an technischer Hilfe. Die Bundesregierung gab durch die Fixierung auf ihre deutschlandpolitischen Ziele den Entwicklungsländern einen Hebel an die Hand, mit dessen Hilfe sie versuchen konnten, die beiden deutschen Staaten gegeneinander auszuspielen. Dies trifft allerdings generell auf die Einbeziehung des Ost-West-Konflikts in die Südpolitik zu und ist eine Erfahrung, die nicht nur die Bundesrepublik machen mußte. (ebd.: 287)

3. Ausblick

Die zuletzt zitierten Beobachtungen aus der Zeit des Kalten Krieges finden nach dessen Ende in der vorhandenen Literatur zu den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zum indischen Subkontinent kaum mehr Beachtung. Den manipulativen Charakter der indischen Politik während des Kalten Krieges, die kühl berechnende Art, in der Bonn und Ost-Berlin im innerdeutschen Konflikt gegeneinander ausgespielt wurden, beleuchtet keiner der in diesem Forschungsbericht genannten Autoren explizit. Ebenso wenig wird die Rolle individueller Akteure in den Fokus historischer Untersuchung gerückt.

Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zum indischen Subkontinent in der angespannten politischen Großwetterlage Anfang der 1970er Jahre sind in dieser Form bislang nicht historisiert worden.

Sowohl die inhaltlichen Auseinandersetzungen mit anderen Akteuren der internationalen Politik als auch die Interdependenzen zwischen verschiedenen Akteuren des Nord-Süd-Konflikts in diachro-



ner Perspektive sind jedoch noch kaum erforscht. Dabei spricht viel dafür, dass die Auseinandersetzungen der 1970er Jahre und ihre Folgen unsere Gegenwart prägen. (Dinkel 2015: 310-311)

An dieser Stelle existiert also eine Forschungslücke, die zu füllen nicht nur weitreichende Erkenntnisse in internationalen Beziehungen und globaler Zeitgeschichte verspricht, sondern ebenso in deutsch-deutscher Geschichte sowie über das genuin indisch-pakistanische Verhältnis. Ausgehend von den beiden Aspekten der bilateralen Verflechtung und ihrer multilateralen Implikation bietet sich damit gewissermaßen eine Arena für die Entprovinzialisierung zweier Regionalkonflikte auf vermeintlichen Nebenkriegsschauplätzen des Ost-West-Konflikts.

Abstraktere Erkenntnisse, die dadurch gewonnen werden könnten, sind solche zur Macht der Anerkennung—vornehmlich natürlich der DDR durch Indien, aber auch Bangladeshs durch Drittstaaten—, also zur Frage einer Würdigung des Existenzrechts eines Staatsgebildes durch universelle Akzeptanz. Das vermeintlich freie Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung eines spezifischen Territoriums unterliegt damit deutlich der Voraussetzung, es in staatstheoretische Formen zu gießen.

Durch den Aspekt der Verflechtung kann außerdem in Anlehnung an jüngste akademische Diskurse der Versuch unternommen werden, ein Miteinander transnationaler Geschichte aufzuzeigen anstatt eines bloßen Nebeneinanders. Gemeinsam begründete Geschichte wird so als transnationaler Prozess gegenseitiger Beeinflussung dargestellt. Dies entspricht dem vom französischen Germanisten und Historiker Michael Werner und der französischen Politologin Bénédicte Zimmermann herausgearbeiteten Konzept der „histoire croisée“ (Werner & Zimmermann 2004), das „entschieden verlangt, dass transnationale Untersuchungen jeder Art sich intensiv mit den oft grundlegend unterschiedlichen Perspektiven in anderen, verglichenen Gesellschaften auseinandersetzen, in diesem Sinn immer wieder die Perspektive wechseln und dadurch reflexiver werden.“⁷ Durch diesen Ansatz werden nicht nur die Beziehungen nationaler Staaten zueinander untersucht, sondern auch die Beziehungen jeweils nationaler Geschichten. Insofern wird also auch ein geschichtswissenschaftlicher Beitrag zu den internationalen Beziehungen geleistet.

Und hier sind gemeinhin als unumstößlich geltende Wahrheiten in der historischen Interpretation des Kalten Krieges zu differenzieren, bzw. etliche Zusammenhänge in ein besseres und wahrheitsgetreueres Licht zu rücken. Ausgehend vom Ereignis des Bangladeshkriegs wird



deutlich, dass die südasiatischen Staaten—allen voran Indien—es mit erstaunlichem Geschick verstanden, die Mächte des Ost-West-Konflikts in ihrer in Einflusssphären gebannten Wahrnehmung gegeneinander auszuspielen und sich damit ungeahnte Freiräume zur Durchsetzung ihrer ureigenen Interessen zu schaffen. Im Fadenkreuz zwischen Ost-West-Konflikt und Nord-Süd-Konflikt entstand also in der Aura der Blockfreien gleichsam ein Auge des Sturms im Kalten Krieg, das Indien als Führungsmacht in der Bewegung der blockfreien Staaten erkannte, um es geschickt zur Konsolidierung der eigenen Macht—auf regionaler wie auf globaler Ebene—zu nutzen.

Unschwer erkennbar, gewinnt eine Untersuchung an dieser Stelle also auch notwendigerweise normativen Charakter. Will man aus der Geschichte Lehren für die Zukunft ziehen, so können die Ergebnisse dieser Forschung nur als Abgesang auf den Imperialismus verstanden werden. Versuche von Ost und West, Einfluss auf politische Entscheidungen der Staaten des indischen Subkontinents zu nehmen, waren auf der globalen Ebene zwischen Washington und Moskau wie auf der kürzeren Achse Bonn–Ost-Berlin gleichermaßen kostspielig, politisch aufwendig und riskant wie vollkommen sinnlos.

Zuletzt wäre zu prüfen, ob diese These, gegebenenfalls belegt am Beispiel des Handelns Indiens im Bangladeshkrieg, sich auch auf den Einfluss von Washingtons und (vor allem) Moskaus auf das deutsch-deutsche Verhältnis übertragen ließe? Problematisch wäre hier sicherlich die Vergleichbarkeit der jeweiligen Beziehungen Indiens zu Washington und Moskau mit denjenigen Bonns bzw. Ost-Berlins. War doch die Ausgangslage der beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg allein hinsichtlich ihrer staatlichen Souveränität eine völlig andere als die Indiens.

Endnoten

¹ vgl. u.a. Greiner, Bernd. 2010. Kalter Krieg und "Cold War Studies", Version: 1.0. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. Feb., http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies?oldid=84591 [Letzter Zugriff: 24.06.16].

² vgl. u.a. Linde 1972: 81; Sisson & Rose 1991: 242-243.; Saikia 2010: 183; Bass 2013: 179.

³ vgl. stellv. für viele: Wagner 2005: 187.

⁴ Nehru vor der indischen verfassungsgebenden Versammlung im Dezember 1947, zit. n. Kupper 1970: 4.

⁵ vgl. der in der globalgeschichtlichen Geschichtsschreibung mitunter als *jeux d'échelles* bezeichnete Wechsel zwischen unterschiedlichen räumlich-zeitlichen Maßstäben.



⁶ Greiner, Bernd. 2010. Kalter Krieg und "Cold War Studies", Version: 1.0. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. Feb., http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies?oldid=84591 [Letzter Zugriff: 24.06.16].

⁷ Kaelble, Hartmut. 2005. Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt? *H-Soz-Kult*, 8. Feb., <http://www.hsozkult.de/article/id/artikel-574> [Letzter Zugriff: 24.06.16].

Bibliografie

Bass, Gary J. 2013. *The blood telegram: Nixon, Kissinger, and a forgotten genocide*. New York: Knopf.

Bayerlacher, Wolfgang. et al. 2004. Die DDR in der Region Süd- und Südostasien. In: Siegfried Bock, Ingrid Muth & Hermann Schwiesau, (Hg.). *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel – Diplomaten im Gespräch*. Münster: Lit Verlag, S. 282-306.

Bernstorff, Dagmar. 1975. Die Beziehungen zu den Staaten des indischen Subkontinents. In: Hans-Peter Schwarz, (Hg.). *Handbuch der deutschen Außenpolitik*. München: Piper Verlag, S. 336-338.

Das Gupta, Amit. 2014a. The non-aligned and the German question. In: Nataša Mišković, Harald Fischer-Tiné & Nada Boškovska, (Hg.). *The non-aligned movement and the Cold War: Delhi – Bandung – Belgrade*. London: Routledge, S. 143-160.

_____. 2014b. West Germany's South Asia policy 1947 to 1972. In: Joanne Cho, Eric Kurland & Douglas McGetchin, (Hg.). *Encounters between Germany and Asia in the twentieth century*. London: Routledge, S. 189-202.

_____. 2012. Divided nations: India and Germany. In: Andreas Hilger & Corinna R. Unger, (Hg.). *India in the world since 1947: national and transnational perspectives*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 300-325.

_____. 2009. India and Ostpolitik. In: Carol Fink & Bernd Schaefer, (Hg.). *Ostpolitik, 1969–1974: European and global responses*. Washington D.C.: Cambridge University Press, S. 163-181.

_____. 2004. *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin: die deutsche Südasienpolitik unter Adenauer und Erhard 1949-1966*. Husum: Matthiesen Verlag.



- Diehl, Günter. 1991. *Die indischen Jahre: Erfahrungen eines deutschen Botschafters*. Frankfurt a.M.: Societäts-Verlag.
- Dinkel, Jürgen. 2015. *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten: Genese, Organisation und Politik (1927-1992)*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Fischer, Herbert. 1998. Entwicklung der staatlichen Beziehungen DDR – Indien. In: Joachim Heidrich, (Hg.). *DDR – Indien: Partner auf Zeit. Erfahrungen und Einsichten*. Hamburg: Lit-Verlag, S. 24-46.
- Heidrich, Joachim. 1998. Indien in Politik und Wissenschaft der DDR. In: Ders., (Hg.). *DDR – Indien: Partner auf Zeit. Erfahrungen und Einsichten*. Hamburg: Lit-Verlag, S. 250-275.
- Kupper, Siegfried. 1970. *Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern*, Bd. 3: Indien, Ceylon, Malediven. Bonn: DGAP.
- Linde, Gerd. 1972. *Bangla Desh: Indien und die Großmächte im Pakis-tanischen Konflikt*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Misra, Satish Chand. 1986. *India-GDR: three decades of relations*. New Delhi: Pariot Publishers.
- _____. 1978. *India and the GDR: a critical study of the problem of recognition (1954-1972)*. Berlin (Ost): Humboldt-Universität.
- Raghavan, Srinath. 2013. *1971: a global history of the creation of Bangladesh*. Cambridge: Harvard University Press.
- _____. 2012. Between regional and global interests: the Indo-Soviet Treaty of 1971. In: Andreas Hilger & Corinna Unger, (Hg.). *India in the world since 1947: national and transnational perspectives*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, S. 326-345.
- Saikia, Yasmin. 2010. Listening to the enemy: the Pakistan Army, violence and memories of 1971. In: Naveeda Khan, (Hg.). *Beyond crisis: re-evaluating Pakistan*. London: Routledge, S. 177-209.
- Schneider, Eberhard. 1979. Südasien. In: Hans-Adolf Jacobsen et al., (Hg.). *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR: Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder*. München: Oldenbourg, S. 699-711.
- _____. 1978. *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien.
- Sisson, Richard & Leo E. Rose. 1991. *War and secession: Pakistan, India, and the creation of Bangladesh*. Berkeley: University of California Press.
- Spanger, Hans Joachim & Lothar Brock. 1987. *Die beiden deutschen Staaten in der dritten Welt: Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die BRD?* Opladen: Westdeutscher Verlag.



- Voigt, Johannes H. 2008. *Die Indienpolitik der DDR: von den Anfängen bis zur Anerkennung (1952-1972)*. Köln: Böhlau Verlag.
- Wagner, Christian. 2005. *Die „verhinderte“ Großmacht?: Die Außenpolitik der indischen Union, 1947-1998*. Baden-Baden: Nomos.
- Werner, Michael & Bénédicte Zimmermann. 2004. *De la comparaison à l'histoire croisée*. Paris: Éditions du Seuil.